



Die Woche im Bundestag



Auf die Union kommt es jetzt an SPD zieht sich aus der Verantwortung

Bei den Sondierungsverhandlungen mit FDP und Grünen hatten wir in zahlreichen Punkten Einigungen erzielt, die gut für unser Land gewesen wären. Nun ist es anders gekommen. Wir respektieren die Entscheidung der FDP, aber wir teilen sie inhaltlich nicht. Wir respektieren auch das Verhandlungsverhalten der Grünen, die sich teilweise weit bewegt hatten. Es ist nicht die Stunde für Schuldzuweisungen, die Bürger werden sich selbst ein Urteil über dieses Verhandlungsergebnis bilden.

Der konsentrierte Verhandlungsstand vom Sonntagabend enthielt zahlreiche Unionspunkte, die gut für unser Land gewesen wären:

Paket für Familien: Verständigt hatte man sich auf eine Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro pro Monat und eine entsprechende Anpassung des Kinderfreibetrages. Unstreitig war ebenso die Einführung eines Baukindergeldes. Eine Erleichterung des Familienalltags hätte der schon geeinte Rechtsanspruch zur Betreuung von 2,8 Millionen Grundschulkindern gebracht.

Pflege: Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode 5 Mrd. Euro pro Jahr für Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige beschlossen haben, hatten wir uns auf ein Sofortprogramm Pflege verständigt. Damit sollte u. a. eine bessere Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege kommen.

Landwirtschaft und ländliche Räume: Hier bestand Einigkeit, die bäuerliche Landwirtschaft nicht gegen Aspekte des Tierwohls auszuspielen, sondern gemeinsam mit den Landwirten mehr zu erreichen. Wir wollten hier nicht mit der Keule des Ordnungsrechts, sondern mit Anreizen arbeiten. Es bestand Konsens über eine zusätzliche Milliarde Euro jährlich, die dem Ausbau von Ställen und sonstigen Bereichen der Landwirtschaft hätte zugutekommen sollen. Damit hätten wir auch den ländlichen Raum gestärkt. Denn alles, was gut ist für die Landwirtschaft, ist gut für den ländlichen Raum.

Soli-Abbau / Steuerentlastung: Wir hatten einen Abbau des Solidaritätszuschlags in der Weise angeboten, dass am Ende dieser Legislaturperiode rund 75 Prozent aller Bürger keinen Solidaritätszuschlag

mehr hätten zahlen müssen. Zudem bestand Einigkeit über eine Steuerreform zugunsten von Beziehern ganz kleiner Einkommen.

Wirtschaft/ Soziales/ Rente/ Ehrenamt: Wir waren einig, die Sozialversicherungsbeiträge bei 40 Prozent zu deckeln und sowohl den Mindestlohn beim Ehrenamt als auch die Pflege zu entbürokratisieren. Wir waren uns darüber einig, Frauen mit einer kleinen Rente eine Aufstockung bis zur Grundsicherung so zu gewähren, dass sie dafür nicht zum Amt gehen müssen.

Innere Sicherheit: Geeint waren zusätzliche 7.500 Polizeistellen beim Bund sowie ein klares Bekenntnis dazu, durch mehr Videoüberwachung für mehr innere Sicherheit zu sorgen.

Außen- und Verteidigungspolitik: Hier bestand Konsens, dass wir weder in die eine noch in die andere Richtung eine Sonderstellung akzeptieren können, sondern Deutschland ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt bleibt.

Auch FDP und Grüne hatten wichtige Vorhaben für sich verbuchen können. So hatten wir etwa ein Einwanderungsgesetz samt Punktesystem akzeptiert, was beiden Partnern wichtig war. Den Solidaritätszuschlag wollten wir insgesamt im zweistelligen Milliardenbetrag in oben beschriebener Weise abbauen. Im Bildungsbereich wollten wir einen Nationalen Bildungsrat, der analog zum Wissenschaftsrat tätig werden kann, ohne die Zuständigkeit der Länder für die Bildung in Frage zu stellen. Wir waren – was den Grünen wichtig war – beim Thema Klima und Energie zu Kompromissen und zu einer Reduktion der Kohleverstromung um 7 GW bis 2020 bereit. Wir hatten ein Hinweisgebergesetz und ein Lobbyregister akzeptiert und sogar, was sowohl FDP als auch Grünen wichtig war, statt der sog. Vorratsdatenspeicherung eine anlassbezogene Datenspeicherung einzuführen. Und schließlich waren wir sehr nah an einem vernünftigen Kompromiss in der Migrationsfrage, mit dem wir die Migration hätten besser steuern und begrenzen können.

Weil wir um unsere Verantwortung wissen, sind wir als Union, als geschlossene Einheit von CDU und

CSU, weiterhin bereit, unserem Land eine gute Regierung zu stellen. Nun kommt es darauf an, dass sich alle politischen Parteien ihrer besonderen Verantwortung bewusst werden und zuerst an das Land und erst viel später an sich selbst denken.

Die Woche im Parlament

Einsetzung eines Hauptausschusses, eines Petitionsausschusses sowie eines Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Wir stimmten der Einsetzung eines Hauptausschusses zu. Der Hauptausschuss wird Ausschuss im Sinne der im Grundgesetz ausdrücklich genannten Ausschüsse für Europa, Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten sein. Er ist zudem Haushaltsausschuss im Sinne der entsprechenden gesetzlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Vorgaben. Er hat kein Selbstbefassungsrecht, sondern seine Zuständigkeit wird durch Überweisung durch das Plenum begründet. Zudem haben wir einen **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** sowie einen **Petitionsausschuss** eingesetzt. Bis auf weiteres werden beide Ausschüsse aus neun Mitgliedern bestehen, die CDU und CSU stellen in diesen beiden Ausschüssen gemeinsam jeweils drei Mitglieder.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer. Die auf dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016 beschlossene maritime Sicherheitsoperation Sea Guardian leistet einen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Kapazitätsaufbau im Mittelmeerraum. Sie dient dazu, krisenhafte Entwicklungen im maritimen Umfeld frühzeitig zu erkennen und diesen entgegenzuwirken. Überdies soll SEA Guardian EUNAVFOR MED Sophia unterstützen und Aufgaben bei der Durchsetzung des Waffenembargos gegenüber Libyen mitübernehmen. Weiterhin bleibt die Mitübernahme nicht mandatierungspflichtiger Überwachungsaufgaben zur Bewältigung der Flucht- und Migrationskrise in der Ägäis möglich. Anders als die Vorgängermission beruht „Sea Guardian“ nicht mehr zentral auf der „Beistandsklausel“ des Nordatlantikvertrages, sondern auf NATO-Beschlüssen, Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie auf den Regeln des Völkerrechts. Wir haben den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung dieses Mandats bei einer

Obergrenze von 650 Soldaten bis zum 31. März 2018 in den Hauptausschuss überwiesen.

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 7 des Vertrages über die Europäische Union und den Resolutionen 2170 (2014), 2199 (2015), 2249 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie des Beschlusses der Staats- und Regierungschefs vom NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 und konkretisierenden Folgebeschlüssen des Nordatlantikrats. Der VN-Sicherheitsrat hat am 20. November 2015 die Mitgliedstaaten aufgefordert, in den vom „IS“ kontrollierten Gebieten in Syrien und Irak alle Maßnahmen zu ergreifen, um terroristische Handlungen zu verhüten und unterbinden sowie den sicheren Zufluchtsort des „IS“ dort zu beseitigen. Der deutsche Beitrag dient der Unterstützung der internationalen Allianz zum Kampf gegen die Terrororganisation „IS“ und zur Unterstützung Frankreichs durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung, Schutz in einem Flugzeugträgerverband und Stabspersonal zur Unterstützung. Das aktuelle Mandat des Bundestags vom 10. November 2016 beinhaltet die Ausweitung des Einsatzes um AWACS-Flugzeuge der NATO. Sie überwachen Flugbewegungen über Syrien, operieren dazu jedoch ausschließlich im NATO- oder internationalem Luftraum. Die Bundesregierung hat am 7. Juni 2017 beschlossen, das deutsche Einsatzkontingent aus Incirlik abzuziehen und nach Jordanien zu verlegen. Inzwischen ist am neuen Standort in Al-Asrak in Jordanien die volle Einsatzbereitschaft (Tornado zur Luftaufklärung und Tankflugzeug vom Typ Airbus A 310) erreicht. Wir haben auch diesen Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung des Mandats bei einer Obergrenze von 1.200 Soldaten bis zum 31. März 2018 an den Hauptausschuss überwiesen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU-/VN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolution, zuletzt 2363 (2017) vom 29. Juni 2017. Kernauftrag von UNAMID (United Nations-African Union Hybrid Mission in Darfur im Sudan) ist die Unterstützung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 sowie der Friedensverhandlungen.

Wir stellen Einzelpersonal in den Stäben und Experten, z.B. Logistik-, IT-, medizinische Unterstützung sowie Hilfe bei technischer Ausrüstung durch Experten. Es ging um eine Verlängerung des Mandats mit einer Obergrenze von 50 Soldaten bis zum 31. März 2018.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan (UNMISS) auf Grundlage der Resolution 1996 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 8. Juli 2011 und Folgeresolutionen, zuletzt 2327 (2016) vom 16. Dezember 2016. Im Dezember 2013 brach im Südsudan der Bürgerkrieg aus. Die Bundeswehr unterstützt mit Blauhelmen, die als Stabspersonal im UNMISS-Hauptquartier Dschuba sowie als Militärbeobachter in der Fläche des Landes eingesetzt sind, die Friedensmission der Vereinten Nationen UNMISS. Das Mandat, das eine Obergrenze von 50 Soldaten hat, wurde bis zum 31. März 2018 verlängert.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016 und 29. Juni 2017. Ein Schwerpunktland deutschen Engagements in Afrika ist Mali im Westen des Kontinents. Dort beteiligt sich die Bundeswehr an zwei Einsätzen. Eine davon ist die Mission MINUSMA (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali). Sie soll zur Stabilisierung Malis beitragen. Die Soldaten haben ein robustes Mandat, das auch den Einsatz von Waffen erlaubt. Hauptaufgabe von MINUSMA ist, die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen sowie insbesondere die staatliche Autorität zu stärken, mit Fokus auf den Norden und das Zentrum des Landes. Es geht um die Verlängerung des Mandats mit einer Obergrenze von 1.000 Soldaten bis zum 30. April 2018.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. In Nordirak wurden bislang mit internationalen Partnern insgesamt etwa 15.700 Sicherheitskräfte der

Regierung Region Kurdistan-Irak ausgebildet, hiervon mehr als 5.000 durch Deutschland. Schwerpunkte der Ausbildung sind u.a. Sanitätswesen, infanteristische Grundlagenausbildung und Kampfmittelabwehr. Der Bundeswehreinsatz im Nordirak umfasst weder Begleitung in Einsätze noch direkte Unterstützung militärischer Operationen. Die kurdische Regionalregierung hat am 14. November 2017 erklärt, die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts des Iraks zu respektieren, nach der die Verfassung keine Unabhängigkeit irakischer Regionen vorsieht. Den Antrag auf Verlängerung des Mandats, das eine Obergrenze von 150 Soldaten hat, bis zum 30. April 2018 haben wir ebenfalls in den Hauptausschuss überweisen.

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaftskraft weiter auf Wachstumskurs. Die deutsche Wirtschaft wuchs im 3. Quartal des Jahres um 2,3% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und bleibt damit das Zugpferd der Euro-Zone. Als Grund wird vornehmlich der hohe Anstieg der Exporte, vor allem von Maschinen und Fahrzeugen gesehen. Deutsche Exporte profitierten dabei auch von der verbesserten Weltkonjunktur und dem allgemeinen Aufschwung in der Euro-Zone. Dank dieser günstigen Rahmenbedingungen prognostiziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 2017 einen Gesamtzuwachs von 2%– der achte Zuwachs in Folge. Auch 2018 setzt sich mit erwarteten 2,2% das Wirtschaftswachstum fort. (Quelle: Reuters)



Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info